



Braunschwarzer Block
Naziaufmarsch von etwa 1800 Neonazis in Magdeburgs
anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung



Mörder, Nazis und „gemäßigte Radikale“

Die neofaschistische Szene in Deutschland zwischen Modernisierung und Zersplitterung, zwischen Verbot und Bedeutungsverlust. Von Friedrich Burschel

Seit dem 4. November 2011 ist alles anders als es vorher war. Die kaltblütige Ermordung von zehn Menschen aus rassistischen Motiven kam durch den angeblichen Doppelselbstmord zweier der mutmaßlichen Täter nach einem gescheiterten Banküberfall in Eisenach an den Tag. Die beiden toten Männer in einem ausgebrannten Wohnwagen waren Mitglieder einer Mörderbande, die sich selbst „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte. In den Jahren 2000 bis 2007 hatten sie sich gezielt Kleinunternehmer mit türkischen, einen auch mit griechischen „Wurzeln“ ausgesucht, ihre Internetshops, Blumenläden, Imbissbuden und Schlüsseldienste ausgespäht und sie dann mit Kopfschüssen umgebracht. 2007 fiel auch eine Polizistin den Mördern zum Opfer. Außerdem werden ihnen zwei Sprengstoffanschläge, einer in der überwiegend von Migrantinnen und Migranten bewohnten Keupstraße in Köln, sowie etwa 15 Banküberfälle zur Last gelegt.

Polizei, Geheimdienste und Kriminalisten gingen wie selbstverständlich davon aus, dass es sich um Morde im „migrantischen Milieu“ gehandelt haben muss: Angehörige der Opfer wurden über Jahre rassistisch unter Verdacht gestellt, ihren toten Vätern, Brüdern, Onkeln Verbindungen ins Drogengeschäft, zur türkischen Mafia oder ins organisierte Verbrechen nachgesagt und einzelnen Hinterbliebenen sogar Eifersuchtsmord vorgeworfen. Niemand, auch eine kritische Öffentlichkeit nicht und auch nicht die linke Szene, kamen den so staatlich diffamierten und gequälten Trauernden zu Hilfe.

Gefährliche Staatsorgane

Mit den NSU-Enthüllungen geht der größte Geheimdienstskandal in der Geschichte der Bundesrepublik einher: Die „Verfassungsschutz“ genannten 17 Inlandsgeheimdienste stehen heute im Verdacht, die tödlichen Machenschaften des NSU mindestens

geduldet, wenn nicht begünstigt zu haben oder gar durch die Mitarbeit und Information von Personen in der Nazi-Szene direkt in das terroristische Geschehen verstrickt zu sein. Vier parlamentarische Untersuchungsausschüsse – im

Bundestag und in den Länderparlamenten von Thüringen, Sachsen und Bayern – versuchen derzeit unter enormem Zeitdruck Licht in die haarsträubenden Machenschaften der Dienste und die Morde des NSU zu bringen. Als freilich die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney den türkischen Begriff des „tiefen Staates“ im Zusammenhang mit dem NSU-Skandal verwendete, war die Empörung groß. Und das, obwohl noch während der laufenden Ermittlungen von den Behörden Akten vernichtet und Beweismittel zurückgehalten werden, offen gelogen wird und immer neue unfassbare Details bekannt werden. Im Moment sieht es eher danach aus, als würde der Inlandsgeheimdienst aus der Affäre noch gestärkt hervorgehen. Obwohl selbst ein bürgerlicher Journalist wie Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* am 7. Januar 2012 feststellte: „Hat der Verfassungsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen? Dann ist er (...) überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte? Dann ist er eine Gefahr für die Verfassung.“ Der Ruf nach Abschaffung dieser gefährlichen Staatsorgane aber ist schon fast wieder verhallt.

***Der Ruf nach Abschaffung des
„Verfassungsschutzes“ ist schon
fast wieder verhallt***

Statt dessen wird einmal mehr die Dauerforderung nach dem Verbot der letzten verbliebenen neofaschistischen Partei in Deutschland erhoben. Es geht um die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die eine lange Geschichte in Nachkriegsdeutschland hat. In den 1960er Jahren hatte sie als Partei der „alten Nazis“ eine Blütezeit, als sie in sieben Landesparlamenten West-Deutschlands vertreten war. Nach einer langen Durststrecke in der Marginalität gewann sie erst nach der „Wiedervereinigung“, vor allem im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends wieder an Bedeutung, auch weil sie die beiden anderen völkisch-nationalistischen Parteien, die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“, abhängige und in die Bedeutungslosigkeit verdrängte. Trotzdem kann die Verbotsdebatte als Ablenkungsmanöver betrachtet werden, um mit viel Getöse die himmelschreienden Enthüllungen rund um die NSU-Morde zu übertönen. Denn die NPD ist im Grunde weitgehend marginal geblieben, ihre Wahlergebnisse sind in der Regel desaströs schlecht. Und dass sie in zwei Landesparlamenten sitzt (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) dürfte sich bald von selbst erledigt haben, ist sie doch, anders als noch vor wenigen Jahren, auch innerlich zerstritten, von existentiellen Finanzskandalen und akutem Mitgliederschwund gebeutelt.

Aktuell ist die NPD wie gelähmt

Weg vom reinen Nazi-Schläger-Image

Dabei hatte für sie alles so schön angefangen: In der ersten Hälfte der 2000er Jahre waren sich die für unvereinbar erklärten Teile einer völkisch-nationalistischen, neonazistischen Bewegung in Deutschland wieder näher gekommen und aus den militanten „Freien Kameradschaften“, informell organisierten Nazi-Gruppen, waren reihenweise Kader in die NPD eingetreten und zu Amt und Würden gekommen. Diese Frischblutzufuhr entfaltete in den folgenden Jahren eine ungeheure Dynamik der Modernisierung und vor allem Professionalisierung der Szene. Immerhin 600 NPD-Leute (und Leute anderer Nazi-Gruppen und NPD-Tarnvereine) sitzen in kommunalen Parlamenten in Deutschland und eben in den beiden Landtagen, deren Fraktionen mit ihren Mitarbeiterstäben als „Thinktanks“ der Modernisierung der Nazi-Szene betrachtet werden konnten. Hier lernten die aktivsten Köpfe der Partei ihr Handwerk: Öffentlichkeitsarbeit und Publizistik, parlamentarische Arbeit, rechtliche Fragen, strategische Handlungsoptionen und so weiter. Der NPD-Mann Jürgen Gansel sprach in bezeichnender Hybris von seiner Fraktion

als der „Dresdener Schule“ – als Gegenstück zur „Frankfurter Schule“ von Theodor Adorno und Max Horkheimer.

Die rasante Entwicklung weg vom reinen Nazi-Schläger-Image (das auch mit rund 150 weiteren rassistischen Morden verknüpft ist) zu einer

selbstbewussten und handlungsfähigen Kaderorganisation ist messbar: etwa 1750 deutschsprachige Nazi-Websites erscheinen in modernem Design; Demonstrationsanmeldungen und andere rechtliche Streitfälle werden mit professioneller Hilfe bis zum höchsten Gericht durchgeklagt – und gewonnen (gegen ein Demo-Verbot in Bochum 2005); die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der NPD schult die eigenen Mandatsträger und versorgt sie mit einschlägigem Material; strategische Vorgaben nach dem „Vier-Säulen-Modell“ („Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“, „Kampf um die Straße“ und „Kampf um den organisierten Willen“) schlagen bis in die Provinz durch (es wird versucht, Sportvereine, Kindergärten, Feste, Elternbeiräte an Schulen oder Traditionsvereine zu unterwandern und mittels der „Wortergreifungsstrategie“ Veranstaltungen zu vereinnahmen oder zu stören).

Vor allem in strukturschwachen Gebieten und sogenannten Entleerungsräumen mit massiver Abwanderung gelingt es der NPD als „Kümmerer“-Partei Präsenz zu zeigen, wo andere Parteien sich schon zurückgezogen haben. Es gibt ökonomische Aktivitäten von Parteileuten, etwa Internet-Versandhandel, Musikverlage, Konzertagenturen und einschlägige Klamottenlabel, die guten Umsatz machen und teilweise unabhängige wirtschaftliche Strukturen für die Szene schaffen. Auch Immobilien spielen bei dieser Entwicklung eine besondere Rolle.

Nicht einmal ein Prozent der Stimmen

Aktuell jedoch ist die Partei wie gelähmt von einem Führungsstreit, der an der Frage nach der künftigen Stoßrichtung der Partei eskaliert: Der abgewählte Ex-Parteichef Udo Voigt steht für ein Zusammenhalten mit den jungen und militanten Kadern und eine Radikalisierung des öffentlichen Auftretens. Der andere Flügel um den jetzigen Vorsitzenden und Chef der Dresdener Landtagsfraktion, Holger Apfel, will eine weitere Mäßigung hin zu einer „seriösen Radikalität“.

Das Fußvolk der Partei, das in den 2000er Jahren noch geduldig zu den zahllosen Aufmärschen der

Partei und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) pilgerte, geht heute vielfach eigene und militantere Wege. Da ist die Erscheinung der „Autonomen Nationalisten“, die wie die linken Autonomen der 1980er Jahre komplett in schwarz und sportlicher Streetwear gekleidet sind und linke Attitüden wie „Straight Edge“, vegane Lebensweise und den „Schwarzen Block“ bei Demos an den Tag legen. Andere „Old School Racists“ versammeln sich in der vom Hamburger Alt-Aktivist Christian Worch als NPD-Alternative aufgezogenen Partei „Die Rechte“, deren Symbole auffällig denen der Partei „Die Linke“ ähneln. Einige glauben, diese neue Nazi-Partei könnte das Auffangbecken für die Mitglieder der von einem möglichen Verbot betroffenen NPD werden.

Derzeit wird zwar das NPD-Verbot diskutiert, aber die zu einem Antrag beim Bundesverfassungsgericht berechtigten Staatsorgane stellen sich beim Versuch, belastendes Material zusammenzustellen, das die Verfassungsfeindlichkeit der NPD beweisen soll, nicht allzu geschickt an. Erst kürzlich hat die NPD das als vertraulich klassifizierte Material zum Download ins Internet gestellt: ein solches Vorgehen ist ebenfalls Ergebnis des Modernisierungsprozesses. Die NPD weiß genau, dass „even bad news good news“ sind und hat mehr als einmal Geschick bewiesen, mit einem gut platzierten Tabubruch alle Augen auf sich zu ziehen. Trotzdem sprechen viele von einer siechen oder sterbenden Partei, deren Verbot schon gar nicht mehr lohnt: bei der letzten Bundestagswahl errang sie nicht einmal ein Prozent der Stimmen, das Minimum, um an die Wahlkampfkosten-Erstattung des Bundes heranzukommen. Was der NPD jedoch schwerlich nachzuweisen sein wird, ist eine Verstrickung in die Morde des NSU, auch wenn mindestens einer der inhaftierten Mittäter, Ralf Wohlleben, einst NPD-Mann war. Am 17. April beginnt in München der Prozess gegen Beate Zschäpe (38), die mutmaßlich letzte aus dem Kern der NSU, und weitere vier Beschuldigte.<

Friedrich Burschel
*ist Referent zum
Schwerpunkt
Neonazismus und
Strukturen/Ideolo-
gien der Ungleich-
wertigkeit bei der
Rosa Luxemburg
Stiftung in Berlin.*

